

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 25.09.2019
Sitzung Nummer:	2 (SSKA/2/2019)
Sitzungsdauer:	16:00 - 17:48 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Edith Braun
Vorsitzende

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Jürgen Emanuel
Frau Carmen Kalkofen
Herr Peter Ludwig
Herr Bernd Prange
Frau Annegret Schwarz
Herr Jürgen Teubner

anwesend ab 16.30 Uhr

sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Dizner
Frau Steffi Friedebold
Herr Marcus Graubner
Herr Ulf Hamann
Herr Horst Janas

Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann
Frau Claudia Bolde
Herr Dr. Denis Gruber
Frau Johanna Michelis

Teilnehmer

Frau Carola Radtke

Abwesend:

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Schulze

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Schul-, Sport- und Kulturausschusses sowie der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerinnen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten, welche an der 1. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses am 28. August 2019 nicht anwesend waren
 - 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 1. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 28.08.2019
 - 6 Berichterstattung über den Stundenausfall an den einzelnen Schulen, wieviel Lehrer fehlen in welchen Fächern
 - 7 Analyse des Schulessens im Vergleich zum Jahr 2013/14, Qualität des Schulessens, Teilnehmer der einzelnen Jahrgänge, wer beliefert wohin
 - 8 Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung im Landkreis Stendal
Vorlage: 070/2019
 - 9 Einwohnerfragestunde
 - 10 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Edith Braun, eröffnet um 16.00 Uhr die 2. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses. Frau Braun begrüßt die Mitglieder und sachkundigen Einwohner, die Damen und Herren von der Verwaltung sowie die Vertreterin der Presse.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Schul-, Sport- und Kulturausschusses sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es fehlt die sachkundige Einwohnerin Frau Sabine Schulze.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen und vor dem Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

zu TOP 4 Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerinnen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten, welche an der 1. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses am 28. August 2019 nicht anwesend waren

Die Vorsitzende bittet um die Verpflichtung der sachkundigen Einwohner durch Herrn Dr. Gruber.

Die Verpflichtung von Frau Dizner und Frau Friedebold erfolgt durch den 1. Beigeordneten, Herrn Dr. Gruber. Er belehrt die beiden sachkundigen Einwohnerinnen über ihre Pflichten, heißt sie herzlich willkommen und wünscht für die kommenden Jahre eine gute Zusammenarbeit.

zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 1. Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses vom 28.08.2019

Frau Braun informiert darüber, dass zukünftig ein Beschluss über die Niederschrift gefasst werden muss, da es so die Geschäftsordnung des Landkreises Stendal vorsieht.

Da es keine Einwände gibt, wird die Niederschrift der 1. Sitzung vom 28.08.2019 mehrheitlich beschlossen.

**zu TOP 8 Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung im Landkreis Stendal
Vorlage: 070/2019**

Frau Bolde und Frau Michelis stellen gemeinsam den Aktionsplan anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 8 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Frau Braun fragt zunächst, durch wen das örtliche Teilhabemanagement finanziert wird?

Frau Michelis erklärt, dass sie und Frau Bolde als Teilhabemanager für den Landkreis Stendal tätig sind und direkt beim Büro des Landrates angegliedert sind. Die Fördermittel kommen aus dem europäischen Sozialfonds und laufen über das Land Sachsen-Anhalt. Die Laufzeit des Projektes beträgt 3 Jahre.

Frau Schwarz stellt eine Frage zur Maßnahme „Jährliche Projektwoche – Inklusion in Sekundarschulen“. Müssen sich die Sekundarschulen für diese Maßnahme bewerben?

Frau Bolde antwortet, dass über die Schulsozialarbeiter angefragt wurde, an welcher Sekundarschule Interesse für diese Maßnahme besteht.

Frau Schwarz möchte wissen, ob für das nächste Schuljahr bereits Sekundarschulen ausgewählt wurden?

Frau Bolde verneint dies.

Frau Braun gibt den Hinweis, solche Abfragen direkt über die Schulleiter zu stellen.

Frau Kalkofen hinterfragt, wie viel Fördermittel für das Projekt „Örtliches Teilhabemanagement“ durch das Land zur Verfügung gestellt werden?

Frau Michelis erläutert, dass Personalkosten, Reisekosten und Veranstaltungskosten durch den europäischen Sozialfond und das Land Sachsen-Anhalt veranschlagt werden. Die Sachkosten werden vom Landkreis getragen. Es wurden insgesamt 450.000 € für 3 Jahre bewilligt.

Herr Graubner bittet die Kreistagsmitglieder, diese Maßnahme weiterhin zu unterstützen. Der Aktionsplan schafft die Grundlage. Allerdings muss auch an die Umsetzung gedacht werden, wobei das örtliche Teilhabemanagement sehr wichtig ist. Durch dieses Projekt werden Verbände zusammengeführt und Maßnahmen bekannt gemacht. Auch die Arbeit des Behindertenbeirates hat sich in seiner Qualität enorm verbessert.

Herr Teubner macht folgende Anmerkungen zum Aktionsplan (Punkt 5.1. „Bildung“):
Prinzipiell kann ich den Ausführungen zustimmen. In meinen früheren Tätigkeiten habe ich mich bereits ausführlich mit dem Thema Inklusion beschäftigt. In der Endkonsequenz wurde Inklusion eingeführt, um Geld zu sparen. Früher gab es noch den Förderschullehrer. Wenn man glaubt, mit Inklusion alle gleich gut entwickeln zu können, ist das ein absoluter Trugschluss. Schüler mit unterschiedlichen Arten von Behinderungen in einer gemeinsamen Klasse zu unterrichten, würde erstens den Lehrer überfordern und zweitens den Aspekt der individuellen Förderung verfehlen.

Das, was mir an der Stelle fehlt, ist die Problematik der Erziehung. Was nützt mir ein Programm für einen Behinderten, wenn es Jugendliche gibt, die weder ältere noch behinderte Menschen respektieren und akzeptieren. Wir müssen also die Wertschätzung des Menschen wieder in den Vordergrund stellen, um eine Basis zu schaffen.

Frau Braun stimmt zu, dass Bildung und Erziehung eine Einheit bilden müssen. Allerdings ist dies nicht das Hauptthema des Aktionsplans für die Belange von Menschen mit Behinderung. Dass es große Defizite bei der Bildungs- und Erziehungsarbeit gibt, dass Grenzen gesetzt und Regeln eingehalten werden müssen, ist bekannt. Die Schule spielt eine wichtige Rolle und leistet einen großen Beitrag bei den Kindern.

Dieser Aktionsplan bezieht sich nicht nur auf die Inklusion in der Schule, sondern auf die Inklusion im gesellschaftlichen Leben. Wir im Landkreis Stendal praktizieren Inklusion. Es muss nicht sein, dass Schüler mit unterschiedlichen Defiziten in einer Klasse unterrichtet werden. Wir haben eine Förderschule, eine Schule für Geistigbehinderte und auch andere Projekte. Jeder hat entsprechend seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten die Möglichkeit, gefördert zu werden. Um niemanden auszugrenzen, ist es also wichtig, alle diese Schulformen aufrecht zu erhalten.

Herr Teubner wirft ein, dass er den Aktionsplan befürwortet. Zu dem Punkt „Bildung“ habe er lediglich seine Meinung kundgetan. Der Landkreis muss auf die Defizite zu diesem Thema eingehen und entgegenwirken, aber sie auf keinen Fall verdrängen.

Frau Bolde erklärt, dass ein kleiner Erziehungsansatz im Aktionsplan unbewusst enthalten ist. In unseren Projektwochen treten Schüler teilweise zum ersten Mal mit Menschen mit Beeinträchtigungen in Kontakt.

Frau Schwarz fügt hinzu, dass man die Schule nicht verpflichten kann, für die Erziehung der Kinder hauptverantwortlich zu sein. Dies ist Aufgabe der Eltern.

Herr Hamann hofft, dass die Projekte aus dem Aktionsplan auch langfristige Projekte darstellen und dementsprechend finanziert werden.

Da es keine weiteren Fragen gibt, wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 6 Berichterstattung über den Stundenausfall an den einzelnen Schulen, wieviel Lehrer fehlen in welchen Fächern

Herr Dr. Gruber stellt ein Antwortschreiben des Landesschulamtes zu diesem Thema vor. Da zu diesem Zeitpunkt noch keine aktuellen Schul-, Kreis- und Landesdaten vorliegen, wird von dem Landesschulamt suggeriert, diese Daten, wenn sie vollständig ausgewertet wurden, dem Landkreis zukommen zu lassen. Zudem wird eine persönliche Vorstellung der Daten durch Herrn Krampe (Referatsleiter) angeboten.

Frau Braun fügt hinzu, dass sie gemeinsam mit dem Landrat Herrn Krampe einladen möchte, wenn die vollständigen Daten vorliegen und ausgewertet wurden. Eine Vorstellung wird höchstwahrscheinlich in der Sitzung im November stattfinden.

Es werden keine Fragen gestellt.

zu TOP 7 Analyse des Schulessens im Vergleich zum Jahr 2013/14, Qualität des Schulessens, Teilnehmer der einzelnen Jahrgänge, wer beliefert wohin

Frau Braun informiert, dass gleichzeitig ein Antrag der Fraktion „Pro Altmark“ beim Landrat eingereicht wurde, der sich ebenfalls mit der Qualität des Schulessens beschäftigt.

Herr Dr. Gruber stellt die Analyse anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 7 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Frau Braun stellt fest, dass sich nur ein Drittel aller Schüler an der Essensversorgung beteiligen. Dabei muss man sich natürlich die Frage stellen, welche Gründe es dafür gibt? Zum einen liegen zwischen Anlieferung und Ausgabe des Essens teilweise mehr als zwei Stunden. Zum anderen liegt es wahrscheinlich an der Qualität des Essens. Dieses Ergebnis befriedigt nicht.

Frau Schwarz weist darauf hin, dass zunächst die Hintergründe erforscht werden sollten, warum so viele Kinder nicht an der Schulspeisung teilnehmen. Allerdings können auch keine Schüler gezwungen werden, an der Essensversorgung teilzunehmen. Die Ursachenforschung sollte nun allerdings im Vordergrund stehen.

Frau Braun entgegnet, dass es heute zunächst die Aufgabe war, einen Ist-Zustand zu ermitteln. Dies wurde getan und man kann sagen, dass der Ist-Zustand nicht zufriedenstellend ist.

Herr Ludwig fragt, seit wann die Essensversorgung im BuT-Paket vollständig übernommen wird?

Herr Dr. Gruber wird dazu noch einmal mit dem Sozialamt sprechen und eine schriftliche Antwort vorbereiten.

Herr Ludwig hat zudem in der Präsentation festgestellt, dass die Beteiligung an der Essensversorgung im Bördekreis höher ist, als im Landkreis Stendal.

Herr Dr. Gruber antwortet, dass dies mit Relation zu betrachten ist. Für den Bördekreis haben nur 26 Schulen Zahlen zur Essensversorgung gemeldet. Dort gibt es allerdings wesentlich mehr Schulen. Somit hat ein großer Teil der Schulen keine Auskunft erteilt.

Für eine bessere Qualität des Schulessens vertritt Herr Ludwig die Meinung, dass die Preise angehoben werden müssten. Dadurch könnte man eventuell mehrere Schüler dazu bewegen, an der Schulspeisung teilzunehmen.

Herr Dr. Gruber erklärt, dass in der nächsten Ausschusssitzung darüber informiert werden soll, welcher finanzielle Anteil für die Essensversorgung im BuT-Paket abgedeckt wird.

Frau Friedebold schließt sich der Meinung von Frau Schwarz an. Es sollte zunächst Ursachenforschung betrieben werden. Es könnte durchaus auch daran liegen, dass die Pausenzeiten zu kurz sind. Innerhalb von 20 Minuten ist es für Kinder nicht möglich, in Ruhe Mittag zu essen.

Dieses Problem ist auch Frau Braun aufgefallen. Aus dem Ausschuss heraus muss es einen Appell an die Schulträger geben, über eine Verlängerung der Pausenzeiten zu sprechen.

Frau Friedebold wirft ein, dass dabei auch der Transport der Schüler durch den ÖPNV beachtet werden muss.

Frau Braun bittet daher, dass Frau Dr. Bergmann mit ihrem Team prüfen soll, ob die Beförderung mit dem ÖPNV trotz längerer Mittagspausen gewährleistet werden kann.

Frau Kalkofen fügt der Diskussion hinzu, dass es in der Analyse keine Zahlenaufstellung dazu gibt, wie viel Essen täglich weggeschmissen wird. Die höheren Jahrgänge dürfen den Pausenhof verlassen und suchen sich Alternativen zum Schulessen. Der Tag eines Schülers auf einer weiterführenden Schule ist bereits schon sehr lang. Eine zusätzliche Verlängerung der Mittagspause sollte man sich daher genau überlegen. Die Qualität des Schulessens ist leider sehr schlecht, was bei 3,00 € pro Essen nicht anders zu erwarten ist. Die Qualität des Essens ist daher der wichtigste Punkt, der zu beachten ist. Bei besserer Qualität könnte man auch mehr Schüler zum Essen begeistern.

Frau Braun fügt hinzu, dass es einen großen Unterschied macht, ob in der Schulküche frisch gekocht wird oder das Essen durch ein Cateringunternehmen angeliefert wird. In der Gemeinde Lüderitz gibt es eine Schulküche, welche durch die Einheitsgemeinde finanziert wird. Dort zahlen Erwachsene 3,95 € und Schüler 2,50 € pro Essen. Die Mitarbeiter der Schulküche werden nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt. Durch Betriebskostenerhöhungen zahlt die Einheitsgemeinde pro Jahr circa 3.000 € dazu. Wichtig ist, dass die Kinder frische und vor allem gesunde Kost bekommen.

Herr Janas kann der Aussage, dass das Essen durch Cateringfirmen nicht schmeckt, nicht zustimmen. Er selbst nimmt aktiv an der Schulspeisung teil und weiß, dass sich die Cateringfirma sehr viel Mühe mit dem Essen gibt. Am Gymnasium Osterburg gibt es sogar zwei Essenspausen, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Die älteren Schüler essen nicht mehr in der Schule, sondern holen sich ihr Essen aus der Stadt oder aus dem Supermarkt. Diesen Fakt muss man akzeptieren. In Osterburg besteht die Möglichkeit, zwischen drei Gerichten zu wählen. Es kommt auch darauf an, welche Gerichte angeboten werden. Auch danach richtet sich die Anzahl der Essensteilnehmer. Natürlich gibt es auch Schulen im Landkreis Stendal, wo die Essensbeteiligung wirklich sehr gering ist (Sekundarschule Komarow mit circa 2 %). Dort sollte man sich die Frage stellen, woran es liegt, dass fast keine Schüler mehr an der Essensversorgung teilnehmen? Selbstverständlich gibt es einen Unterschied zwischen Schulküche und Catering. In der Grundschule Flessau gibt es auch eine eigene Schulküche. Dort nehmen von 104 Schülern circa 96 Schüler an der Essensversorgung teil. Die Einheitsgemeinde Osterburg gibt allerdings mehr als 3.000 € pro Jahr dazu.

Hauptsächlich geht es Frau Braun um die lange Zeit zwischen Anlieferung und Ausgabe des Essens und um die gesunde Ernährung der Schüler. Es wurde in den letzten Jahren hart daran gearbeitet, den Schülern eine vernünftige Gegebenheit zu schaffen, um zu essen. Dies spiegelt sich in dem Gesamtpaket wider.

Frau Radtke stellt klar, dass viele Schüler eine warme Mahlzeit am Tag zu sich nehmen. Dies kann auch abends mit der Familie sein und nicht mittags in der Schule.

Die sehr niedrigen Prozentzahlen der Essensbeteiligung an den Schulen stellen für Herrn Hamann ein eindeutiges Problem dar. Die Schüler in diesen Schulen werden nicht mit dem Wert der Ernährung konfrontiert. Die Fehlernährung der Schüler aus diesen Schulen ist eklatant. Dies sollte ins Bewusstsein rücken.

Herr Prange macht deutlich, dass nicht nur auf Kreisebene über die gesunde Ernährung der Kinder geredet werden sollte. Damit sollte sich der Bundestag beschäftigen. Jede Schule müsste eine eigene Küche haben, in der frisch und gesund gekocht wird, die jedem Schüler kostenlos zur Verfügung steht. Auf kreislicher Ebene steht man immer wieder vor dem Problem der Finanzierung solcher Küchen.

Frau Schwarz stellt fest, dass die Schulträger ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen. Es wird eine Art der Essensversorgung vorgehalten. In welcher Art und Weise dies geschieht, ist frei zu entscheiden.

Die Mitglieder und sachkundigen Einwohner des Ausschusses einigen sich darauf, sich im nächsten Schritt mit der Ursachenanalyse zu beschäftigen. Dazu soll die Fachhochschule Stendal und der Verein KinderStärken e.V. angefragt werden. Es sollen standardisierte Fragebögen entworfen werden, welche von den Schülern ausgefüllt werden sollen. Außerdem können durch Interviews die Gründe erforscht und durch Studentengruppen ausgewertet werden.

zu TOP 9 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

Herr Dr. Gruber beantwortet folgende Fragen aus der letzten Ausschusssitzung:

1. Kostenaufstellung Wasserschaden Schulzentrum Havelberg
➔ Die Schadenhöhe beträgt insgesamt 280.492,76 €. Seitens des Gutachters gab es bisher eine Kostenzusage in Höhe von 190.784,37 €.
2. Wie viel Geld gibt das Land beim Projekt DigitalPakt prozentual dazu?
➔ Aus der Richtlinie ist nicht erkennbar, dass das Land zu den Bundesmitteln weitere eigene Mittel dazugibt.
3. Wann sind die Bundesmittel zum DigitalPakt beim Land eingegangen?
➔ Ist dem Landkreis nicht bekannt.
4. Welche Ursachen sieht der Landkreis, dass sich die Weitergabe der Bundesmittel vom Land an die Kommunen so verzögert? (Thema DigitalPakt)
➔ Ist dem Landkreis nicht bekannt.

Frau Kalkofen merkt an, dass in der Sitzung des Schul-, Sport- und Kulturausschusses am 28.08.2019 erläutert wurde, dass die Sanierung des Dachbodens im Gymnasium Tangermünde Anfang 2020 starten soll. Gestern (24.09.2019) fand die Schulelternratssitzung im Gymnasium Tangermünde statt. Durch den Direktor der Schule wurde erklärt, dass die Sanierung vor Juni 2020 nicht beginnen würde. Welchen Grund gibt es für die unterschiedlichen Aussagen? Welcher Zeitplan ist nun tatsächlich angedacht?

Herr Dr. Gruber wird diese Frage an das zuständige Amt weiterleiten und eine schriftliche Antwort vorbereiten.

Herr Emanuel schlägt vor, diese Baumaßnahmen noch einmal im Ausschuss für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur zu thematisieren.

Zudem merkt Herr Emanuel an, dass im Bericht des Landrates im Kreistag am 19.09.2019 unter anderem der Landrat auch zum Schulbau einer Förderschule gesprochen hat. In Stendal gibt es eine freie Fläche, die für einen Schulneubau genutzt werden soll. Dabei geht es um den Neubau der Helen-Keller-Schule, dessen jetziger Standort nicht ideal ist. Nach Rücksprache mit Frau Kunert habe ich erfahren, dass dieses Thema noch nicht einmal im Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss besprochen wurde. Ich finde es eigenartig, mit dieser Idee an die Öffentlichkeit zu gehen, ohne vorher mit den Betroffenen (Kommune, betroffene Einrichtungen, betroffene Bürgermeister) zu sprechen.

Diese Anfrage wird in der Verwaltung bearbeitet und es wird dazu eine schriftliche Antwort vorbereitet.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen.